

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

117. Interparlamentarische Versammlung vom 8. bis 10. Oktober 2007 in Genf, Schweiz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Teilnehmer	1
II Zusammenfassung	1
III Sitzungen des Interparlamentarischen Rates	3
IV Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	3
V Anlagen	4

I Teilnehmer

Die 117. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 8. bis 10. Oktober 2007 in Genf statt. Der deutschen Delegation gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD), amtierender Leiter der deutschen Delegation,

Abgeordneter **Axel Fischer** (CDU/CSU), amtierender stellvertretender Leiter der deutschen Delegation,

Abgeordneter **Detlef Dzembitzki** (SPD).

II Zusammenfassung

An der 117. Versammlung der Interparlamentarischen Union in Genf nahmen 1 075 Delegierte, darunter 511 Abgeordnete aus 125 Ländern sowie als Beobachter zahlreiche Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, teil.

II.1 Neue Konferenzstruktur

Erstmalig wurde auf dieser Versammlung versuchsweise eine Neustrukturierung des Konferenzablaufs umgesetzt, wonach die drei Ständigen Ausschüsse ihre Themen in Form von Podiumsdiskussionen behandelten. Folgende Themen wurden auf diese Weise erörtert: „Die Rolle der Parlamente im Spannungsfeld zwischen Respekt und friedlicher Koexistenz, zwischen nationaler Sicherheit, individueller Sicherheit und individuellen Freiheitsrechten und Abwehr von Gefahren für die Demokratie“, „Parla-

mentarische Kontrolle der staatlichen Politik der Entwicklungshilfe“ sowie „Wanderarbeitnehmer, Menschenhandel, Fremdenfeindlichkeit und Menschenrechte“.

II.2 Dringlichkeitstagesordnungspunkt

Der Versammlung lagen zwei Anträge zur Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes vor: Antrag der Islamischen Republik Iran und Bahraïns – im Namen der Arabischen Gruppe – zum Thema „Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit des Irak“ sowie der Antrag der Delegation Indonesiens zum Thema „Unverzügliche Notwendigkeit für eine sofortige Beendigung der weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen und Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Bevölkerung von Myanmar“. An der Debatte hierüber beteiligten sich 31 Redner aus 29 parlamentarischen Delegationen sowie ein Beobachter. Die Versammlung sprach sich für die Aufnahme des von der Delegation Indonesiens vorgelegten Antrags in die Tagesordnung aus. Für die Überarbeitung des Resolutionsentwurfs wurde ein Redaktionsausschuss gebildet, der sich aus Mitgliedern der Delegationen Kanadas, Chiles, Chinas, Indiens, Indonesiens, Japans, Kenias, der Niederlande, der Philippinen sowie des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Republik Tansania, Uruguays und Sambias zusammensetzte. Als Vorsitzender wurde Juan Pablo Letelier (Chile) und als Berichterstatter Marzuki Darusman (Indonesien) benannt. Der Resolutionsentwurf wurde von der Versammlung am 10. Oktober 2007 einstimmig angenommen (Anlage 1).

II.3 Ausschuss der IPU für Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Der Ausschuss der IPU für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen kam erstmals anlässlich der 117. Versammlung zusammen. Dieser Ausschuss war vom Interparlamentarischen Rat versuchsweise als nachgeordnetes Gremium der Versammlung eingesetzt worden. Bis zu einer endgültigen Entscheidung durch den Rat wird der Ausschuss sein Mandat und die Arbeitsverfahren sowie vorläufige Geschäftsordnungsregeln für seine Arbeit festlegen. Der vom Abgeordneten Geert Versnick (Belgien) erarbeitete Bericht über die Art der Beziehungen zwi-

schen den Vereinten Nationen und den Parlamenten der Welt wurde von den Ausschussmitgliedern gebilligt und anschließend von der Versammlung als offizielles Grundsatzdokument der IPU genehmigt. Juan Somavia, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie Mitglied des Vorstandes des Koordinierungsrates der Vereinten Nationen, berichtete über den derzeitigen Stand der Reform der Vereinten Nationen. Im Anschluss hieran fand eine Diskussion mit den Mitgliedern des Ausschusses statt. Achim Steiner, Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), befasste sich in seinem Beitrag mit den Gefahren, die den Menschen, den Staaten und der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund von Klimaänderungen und Wetterkatastrophen drohen. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Rolle und Aufgaben der Parlamentarier in diesem Bereich.

Botschafter Doru-Romulus Costea (Rumänien), Präsident des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, gab einen Überblick über die wichtigsten Chancen und Herausforderungen, denen sich dieses neugegründete VN-Gremium gegenüber sieht und befasste sich mit Wegen und Möglichkeiten, wie Parlamentarier mit dem Menschenrechtsrat zusammenarbeiten könnten, insbesondere bei dem weltweiten regelmäßigen Überprüfungsprozess, bei dem alle Staaten über ihre Umsetzung der internationalen Menschenrechtsinstrumente berichten und Bereiche festlegen, in denen zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind.

Cécile Molinier, Direktorin des Büros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Genf, gab einen Überblick über die zu verzeichnenden Fortschritte und Rückschläge bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Dies führte anschließend zu einer lebhaften Erörterung mit den Ausschussmitgliedern. Der Ausschuss bat um vergleichbare, aktualisierte Informationen auf jeder Jahrestagung mit besonderem Blick auf parlamentarische Initiativen, deren Ziel die Förderung der Millenniumsentwicklungsziele ist.

Kobsak Chutikul, Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), befasste sich mit den Vorbereitungen für das UNCTAD-Treffen, das im Frühjahr 2008 in Accra, Ghana, stattfinden soll und stellte fest, dass die zu verabschiedende Resolution der IPU über „Parlamentarische Kontrolle der staatlichen Politik der Entwicklungshilfe“ einen wichtigen Beitrag zum Treffen in Accra leisten werde.

Der von Finn Martin Vallersnes (Norwegen) erarbeitete Bericht über den Ablauf des ersten Treffens der Beratergruppe des Ausschusses der IPU für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen (Juli 2007) entfachte eine ausführliche Diskussion über die konkreten und operationellen Aspekte der zukünftigen Arbeit des Ausschusses. Daraus resultierende Ideen und Vorschläge wurden an einen Redaktionsausschuss verwiesen, der sich aus Vertretern von Belgien, Bolivien, Burkina Faso, Kanada, Indien, Mexiko, Marokko, Namibia, Norwegen, Pakistan, der Republik Korea, Südafrika und der Schweiz zusammensetzte. Als Vorsitzender wurde Theo-Ben Gurirab

(Namibia) und als Berichterstatter Finn Martin Vallersnes (Norwegen) benannt.

Der Bericht des Ausschusses der IPU für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen wurde von der Versammlung per Akklamation verabschiedet.

II.4 Podiumsdiskussionen der drei Ständigen Ausschüsse

Entsprechend dem neuen Verlauf der jeweils zweiten Versammlung der IPU im Herbst eines jeden Jahres fanden erstmals Podiumsdiskussionen der drei Ständigen Ausschüsse statt.

Thema der Podiumsdiskussion im Ständigen Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit war „Die Rolle der Parlamente im Spannungsfeld zwischen Respekt und friedlicher Koexistenz, zwischen nationaler Sicherheit, individueller Sicherheit und individuellen Freiheitsrechten und Abwehr von Gefahren für die Demokratie“. Vorträge von Mika Scheinin, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung, und Claudio Cordone, Amnesty International, ergänzten die Podiumsdiskussion. Inhaltliche Schwerpunkte der Vorträge waren die Gegenüberstellung von Sicherheit und individuellen Freiheitsrechten und genau festgelegten Maßnahmen, die Parlamente und Parlamentarier zur Sicherstellung der Wahrung der Menschenrechte bei gleichzeitiger Gewährleistung der nationalen Sicherheit ergreifen sollten. Unter dem Vorsitz von Thiémélé Boa (Côte d'Ivoire), Präsident des Ständigen Ausschusses für Frieden und internationale Sicherheit, informierten die Berichterstatter Hlengiwe Mgbadeli (Südafrika), Lalit Mohan Suklabaidya (Indien) und Mark Pritchard, der anstelle von Lord Morris (Vereinigtes Königreich) teilnahm, die Teilnehmer über die erzielten Fortschritte bei der Ausarbeitung ihrer Berichte. Zu diesen Themen gab es Wortmeldungen von 22 Delegierten.

Thema der Podiumsdiskussion im Ständigen Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel war die „Parlamentarische Kontrolle der staatlichen Politik der Entwicklungshilfe“. Vorträge von Charles Gore, UNCTAD-Sekretariat, und M. Halle, Internationales Institut für nachhaltige Entwicklung, ergänzten die Podiumsdiskussion. Unter dem Vorsitz von Patrice Martin-Lalande (Frankreich), Präsident des Ständigen Ausschusses für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, stellten die beiden Berichterstatter Francois-Xavier de Donnea (Belgien) und Epiphane Quenum (Benin) ihre Berichtsentwürfe vor. Die Debatte, an der sich 26 Delegierte beteiligten, konzentrierte sich sowohl auf Qualität als auch Quantität der Auslandshilfe und auf die jeweiligen Rollen der Parlamentarier der Geber- und Empfängerländer bei der Kontrolle der Hilfsgelder.

Thema der Podiumsdiskussion im Ständigen Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte war „Wanderarbeitnehmer, Menschenhandel, Fremdenfeindlichkeit und Menschenrechte“. Vorträge von Riikka Puttonen, Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), sowie Jillyanne Redpath, Interna-

tionale Organisation für Migration (IOM), ergänzten die Podiumsdiskussion. Die Teilnehmer wurden über den derzeitigen Kenntnisstand in Bezug auf Wanderarbeitnehmer, Migration und Menschenhandel und die Maßnahmen, die Parlamentarier und Parlamente zur Verbesserung des Lebens von Wanderarbeitnehmern und zur Ausrottung der Geißel des Menschenhandels ergreifen sollten, unterrichtet. Unter dem Vorsitz von Elias Rodriguez Zavaleta (Peru), Präsident des Ständigen Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte, informierten die Berichterstatter Andrew Dismore (Vereinigtes Königreich) und Cesar Camacho (Mexiko) über den bisherigen Stand der Erarbeitung ihres Berichtes und des Resolutionsentwurfes. Im Verlauf der Debatte gab es Wortmeldungen von 30 Delegierten.

III Sitzungen des Interparlamentarischen Rates

In den Ratssitzungen wurde die deutsche Delegation durch die Abgeordneten Johannes Pflug und Axel Fischer vertreten.

III.1 Wahl der Funktionsträger

Senator Robert del Picchia (Frankreich) wurde als Kandidat der Gruppe der Zwölf Plus in den Exekutivausschuss gewählt. Abg. Hans-Joachim Fuchtel (Deutschland) und Paul Collins Appiah-Ofori (Ghana) wurden als Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2008 benannt. In den Ausschuss für Fragen des Nahen Ostens wurden Ann Clwyd (Vereinigtes Königreich) und John Carter (Neuseeland) als ordentliche Mitglieder und François-Xavier de Donnea (Belgien) als stellvertretendes Mitglied gewählt.

III.2 Änderung der Satzung der IPU

Die Versammlung einigte sich auf folgende Änderungen: Die Berichtspflichten der Mitgliedsländer in Artikel 7 der Satzung wurden dahingehend ergänzt, dass die nationalen Parlamente so schnell wie möglich und im Einklang mit den jeweiligen nationalen Regelungen über die Beschlüsse der IPU zu unterrichten sind. Eine Kopie der Unterrichtung ist an den Generalsekretär der IPU zu senden. Artikel 19 Abs. 1 der Satzung der IPU wurde um den Satz: „Der Präsident der Interparlamentarischen Union ist der politische Leiter der Organisation und ist von Amts wegen Präsident des Interparlamentarischen Rates“ ergänzt. Zwischen den Versammlungen wird der Präsident zukünftig durch ein Gremium von sechs Vizepräsidenten, die von den sechs geopolitischen Gruppen benannt werden, unterstützt (Artikel 19 Abs. 5 neu).

Der Antrag, die Amtszeit des Präsidenten von drei auf vier Jahre zu verlängern, wurde nicht angenommen. Präsident Pier Ferdinando Casini (Italien) hatte vorab erklärt, dass er ungeachtet einer eventuellen Änderung sein Amt im Oktober 2008 beenden werde.

III.3 Haushaltsfragen

Der Berichterstatter des Exekutivausschusses, Geert Versnick (Belgien), berichtete, dass der Exekutivaus-

schuss empfohlen habe, den für das Jahr 2008 vorgeschlagenen Haushaltsansatz zu reduzieren. Nach lebhafter Debatte, in der u. a. die Mittelausstattung des Ausschusses für die Menschenrechte der Parlamentarier und des Ausschusses für Fragen des Nahen Ostens angesprochen wurde, wurde der Haushalt für 2008 mit einer Erhöhung der Beitragszahlungen um durchschnittlich 4 Prozent und einem Gesamtvolumen von 11 354 900 Schweizer Franken angenommen. Der deutsche Beitrag von 8,245 Prozent des Gesamthaushalts beträgt 937 960 Schweizer Franken (rd. 560 000 Euro) und liegt damit rd. 6 000 Euro über dem Beitrag von 2007.

III.4 118. Versammlung der IPU in Kapstadt (Südafrika)

Die südafrikanische Parlamentspräsidentin Baleka Mbete berichtete über die Vorbereitungen anlässlich der 118. Versammlung. Das Thema der Generaldebatte in der 118. Versammlung wird die „Zurückdrängung der Armutsgrenzen“ sein.

IV Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Für die deutsche Delegation nahmen die Abgeordneten Abg. Johannes Pflug und Axel Fischer an zwei der insgesamt drei Sitzungen teil.

Unter der Leitung des britischen Vorsitzenden John Austin befasste sich die Gruppe der Zwölf Plus mit Fragen zum Ablauf der 118. Versammlung. Senator Robert del Picchia (Frankreich) wurde als Kandidat der Gruppe der Zwölf Plus für den freien Sitz im Exekutivausschuss nominiert. Bezüglich der Benennung/Kandidatur des Vizepräsidenten der Gruppe der Zwölf Plus für das zur Unterstützung des Präsidenten neu eingerichtete Gremium der Vizepräsidenten wurde der Lenkungsausschuss der Gruppe der Zwölf Plus gebeten, sich damit auf seiner nächsten Sitzung im Februar/März 2008 zu befassen. Die Wahl soll im Laufe der 118. Versammlung stattfinden. Rudy Salles (Frankreich), Finn Marten Valleresnes (Norwegen) und Joop Atsma (Niederlande) sollen das neue Format der Herbsttagung evaluieren und der Gruppe der Zwölf Plus Bericht erstatten. Diskutiert wurde die Arbeit des Ausschusses für die Menschenrechte der Parlamentarier, dessen Sekretariat im Haushalt 2008 entgegen den Empfehlungen nicht aufgestockt werden soll, und das Programm des Ausschusses für Fragen des Nahen Ostens, der auf Grund von Abwesenheiten der Ausschussmitglieder nicht arbeitsfähig war. In diesem Zusammenhang schlug Abg. Axel Fischer (Deutschland) vor, dass – sofern innerhalb eines Jahres hier keine Veränderung eintreten sollte – sich die Versammlung in Form eines Monitoringverfahrens mit dieser Situation befassen sollte. Der brieflich eingebrachte Vorschlag von Abg. Dr. Uschi Eid (Deutschland), das Thema „Sanitäre Grundversorgung“ anlässlich des Internationalen Jahres der Vereinten Nationen zur sanitären Grundversorgung auch innerhalb der IPU zu behandeln, wurde von der Gruppe der Zwölf Plus unterstützt.

Johannes Pflug, MdB

V Anlagen

Anlage 1:

Resolution zum dringlichen Tagesordnungspunkt

„Die dringende Notwendigkeit, die weitverbreiteten Verletzungen der Menschenrechte umgehend zu beenden und die demokratischen Rechte der Bevölkerung von Myanmar wiederherzustellen“

Anlage 2:

Bericht des IPU-Ausschusses für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Anlage 1

DIE DRINGENDE NOTWENDIGKEIT, DIE WEITVERBREITETEN VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE UMGEHEND ZU BEENDEN UND DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE DER BEVÖLKERUNG VON MYANMAR WIEDERHERZUSTELLEN

von der 117. Versammlung einstimmig verabschiedete Resolution
(Genf, 10. Oktober 2007)

Die 117. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

unter Hinweis auf die auf der 108. Interparlamentarischen Konferenz (Santiago 2003) über „Die Rolle der Parlamente bei der Stärkung der demokratischen Institutionen und der menschlichen Entwicklung in einer Welt voller Bruchlinien“ und die auf der 110. Interparlamentarischen Konferenz (Mexico City 2004) über „Die Förderung der parlamentarischen Demokratie zum Schutz der Menschenrechte und zur Ermutigung der Völkerversöhnung und der Partnerschaft zwischen den Nationen“ angenommenen Resolutionen, mit denen die Staaten ermutigt werden, die strukturellen Ursachen gewalttätiger Konflikte zu beseitigen,

ferner unter Hinweis auf die auf der Fünften Sondersitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Konsenswege angenommene Resolution A/HRC/S-5/L.1/rev.1,

des Weiteren unter Hinweis auf die Resolutionen des Ausschusses für die Menschenrechte der Parlamentarier betreffend die Verletzungen der Menschenrechte der in den Parlamentswahlen 1990 gewählten Abgeordneten der Nationalen Liga für Demokratie (NLD),

tief beunruhigt über die Verschlechterung der Lage der Menschenrechte in Myanmar, wo die brutalen Gewalttaten der myanmarischen Streitkräfte und der Polizei gegen die friedlichen Proteste der buddhistischen Mönche und Zivilbevölkerung zahlreiche Tote und Verletzte forderten und zu Folter, willkürlichen Verhaftungen und jüngst zur Festnahme mehrerer gewählter Abgeordneter führten,

ernsthaft besorgt über die Anwendung brutalster Methoden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch die Militärjunta unter kontinuierlicher Missachtung der Grundsätze aller internationalen Menschenrechtsinstrumente, insbesondere der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, und durch Ausschaltung der Medien, Behinderung der internationalen Kommunikationsverbindungen, darunter des Internets, sowie Tötung eines japanischen Fotojournalisten,

tief enttäuscht über die Tatsache, dass praktisch keine Weiterentwicklung bei den politischen Reformen stattfindet, die die von der Regierung zugesicherte Demokratisierung auf der Grundlage des Fahrplans zur Demokratie in Myanmar gewährleisten würde,

mit dem Ausdruck tiefen Mitgeföhls für die Opfer und Verteidiger der Menschenrechte sowie für ihre Familien,

erfreut über die Erklärung des ASEAN-Vorsitzes im Namen der Außenminister der südostasiatischen Staatengemeinschaft vom 27. September 2007 in New York zur Lage in Myanmar,

ferner unter Hinweis auf die Erklärung des von den ASEAN-Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen am 7. Oktober 2003 in Bali unterzeichneten ASEAN Concord II (Bali Concord II),

in Anerkennung der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, von regionalen Gruppen und Nachbarländern um Entspannung und die Verbesserung der Lage in Myanmar,

die Tatsache begrüßend, dass die Regierung von Myanmar dem Besuch des Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn Ibrahim Gambari, in Myanmar zugestimmt hat,

1. *bedauert zutiefst* die verwerfliche Unterdrückung der friedlichen Demonstrationen der Mönche und Bürger von Myanmar in Verletzung der grundlegendsten Menschenrechte eines jeden Bürgers, insbesondere seines Rechts auf Leben und friedliche Ausübung der Meinungsfreiheit,
2. *drängt* die Regierung von Myanmar, sich weiterer Gewalthandlungen gegen derzeitige und künftige Demonstrationen sowie aller rücksichtsloser Handlungen gegen die Bürger, die ihr Recht der freien Meinungsäußerung uneingeschränkt ausüben können müssen, zu enthalten;
3. *fordert* die Regierung von Myanmar auf, alle gewählten Abgeordneten, Daw Aung San Suu Kyi und andere führende Politiker der NLD sowie alle politischen Gefangenen, Mönche und ethnischen Führer, die sich für Demokratisierung, politische Reformen und die Achtung der Menschenrechte in dem Land einsetzen, umgehend und bedingungslos aus dem Gefängnis zu entlassen;
4. *fordert ferner*, dass die Regierung von Myanmar im Einklang mit der auf der fünften Sondersitzung des Menschenrechtsrats verabschiedeten Resolution mit dem Sonderberichterstatter über die Lage der Menschenrechte in Myanmar uneingeschränkt zusammenarbeitet;
5. *drängt* die Militärbehörden in Myanmar, die Umsetzung der Demokratisierung und politischen Reformen in Myanmar unverzüglich in Angriff zu nehmen;
6. *fordert* die Vereinten Nationen einschließlich des Sicherheitsrats auf, die Ergebnisse des Besuchs des VN-Sondergesandten rasch auszuwerten, um den Prozess der nationalen Aussöhnung zu beschleunigen;
7. *fordert* die ASEAN-Mitgliedstaaten auf, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, die Mitgliedschaft Myanmars in der ASEAN-Staatengemeinschaft solange auszusetzen, bis der Prozess der Aussöhnung mit den demokratischen Kräften eingeleitet worden ist;
8. *fordert* die internationale Gemeinschaft im Falle weiterer Rückschläge im konstruktiven Prozess des Dialogs und der Aussöhnung mit den demokratischen Kräften auf, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, notwendige und wirkungsvolle wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen und die militärische Unterstützung und Waffenverkäufe an Myanmar auszusetzen;
9. *drängt* die Parlamentarier weltweit, in ihrem starken Engagement für die Förderung und den Schutz der grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung von Myanmar als Ausdruck der Solidarität mit ihrem Opfer und ihrem Kampf gegen die Tyrannei nicht nachzulassen;
10. *beschließt*, die Entwicklungen in Myanmar weiterhin wachsam zu verfolgen.

Anlage 2**BERICHT DES IPU-AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER VEREINTEN NATIONEN**

angenommen von der 117. Versammlung der Interparlamentarischen Union
(Genf, 10. Oktober 2007)

1. Der Ausschuss „Vereinte Nationen“ befürwortete die Einrichtung des Ausschusses nachdrücklich und unterstrich die Notwendigkeit der Weiterentwicklung sowohl der Definition seines Mandats als auch seiner Verfahrensbestimmungen.
2. Der Ausschuss äußerte seine Zustimmung zu dem von Herrn G. Versnick vorgelegten Grundsatzpapier über die Art der Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und den Parlamenten der Welt und schlug vor, das Dokument als offizielles IPU-Dokument zu empfehlen.
3. Der Ausschuss gab ferner seine Zustimmung zur Veranstaltung von Jahreskonferenzen, auf denen hochrangige VN-Mitarbeiter die unterschiedlichen Facetten und Programme der Vereinten Nationen vorstellen und dem Ausschuss so ermöglichen würden, die Schwerpunktbereiche seiner Arbeit festzusetzen.
4. Das besondere Augenmerk des Ausschusses wird der systemübergreifenden Kohärenz der Vereinten Nationen als Teil ihres andauernden Reformprozesses gelten. Seine Schlussfolgerungen und Erkenntnisse werden auf Empfehlungen zur größeren Leistungsfähigkeit und Kostenwirksamkeit der Weltorganisation ausgerichtet sein.
5. Der Ausschuss wird nicht versuchen, die Rolle der ständigen Ausschüsse der Interparlamentarischen Union zu beschneiden, indem er sich mit wesentlichen thematischen Fragen befasst, die in ihren Aufgabenbereich fallen. Er wird allerdings prüfen, wie die Vereinten Nationen ihre Arbeit im Hinblick auf eine Reihe allgemeiner Fragen, wie beispielsweise
 - die Entwicklungsfinanzierung, insbesondere durch die Einrichtung des neuen ECOSOC-Development Cooperation Forums;
 - die Menschenrechte und die Arbeitsweise des neuen Menschenrechtsrats;
 - die Finanzierungsquellen der Vereinten Nationen und die Verwendung dieser Mittel in der Absicht einer auf längere Sicht verstärkten Prüfungstätigkeit;
 - die Organisation friedensstiftender Maßnahmen unter besonderer Beachtung der Geschlechterfrage, der Fragen der Aussöhnung, des Multilateralismus und der Entwicklung für alle („inklusive Entwicklung“) sowie der Schlüsselrolle des Parlaments bei der Errichtung stabiler Demokratien gestalten.
6. Der Ausschuss unterstrich die Bedeutung von IPU-Sonderkonferenzen, an denen Sachverständige aus den einschlägigen Parlamentsausschüssen teilnehmen und einen wichtigen Beitrag zu den Debatten leisten könnten.
7. Da es angesichts der zahlreichen parlamentarischen Initiativen gegenüber internationalen Institutionen ein hohes Maß an Duplizität gibt, sollte sich die IPU, wenn globale Fragen anstehen, bemühen, eine den Vereinten Nationen vergleichbare Mitgliedschaft aufzubauen, bei der Schaffung von mehr Zusammenhalt zwischen regionalen und anderen parlamentarischen Gremien eine führende Rolle zu übernehmen und verstärkt auf die in den nationalen Parlamenten verfügbaren Sachkenntnisse zurückzugreifen.
8. Der Ausschuss wird sich im Rahmen des Möglichen bemühen sicherzustellen, dass die jeweils betroffenen nationalen Parlamente aktiv in alle Maßnahmen einbezogen werden, die einen besonderen Länderschwerpunkt haben.

9. Der Ausschuss wird sich auch künftig auf die Berichte seiner Beratungsgruppe stützen, die zwischen den Tagungen zusammenkommen und den stetigen Fortgang der Arbeit des Ausschusses gewährleisten wird. Die Beratungsgruppe könnte während der Vorbereitung ihrer Berichte mit der Durchführung von Feldbesuchen betraut werden. Das würde in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen nationalen Parlamenten und den Vereinten Nationen erfolgen.
10. Der Ausschuss erklärte in Zusammenhang mit den vorstehenden Ausführungen, dass im IPU-Programm und –Haushalt klarere Haushaltsvereinbarungen für die Tagungen und Besuche der Beratungsgruppe getroffen werden sollten.
11. Zu den Aufgaben des Ausschusses sollte die Überwachung der Erfüllung aller wichtigen internationalen Verpflichtungen gehören. Dabei wäre den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) Vorrang zu geben. Der Ausschuss begrüßte den Status-Bericht über die Umsetzung der MDG und schlug vor, auf jeder Jahreskonferenz ähnliche Aktualisierungen vorzunehmen und den besonderen Schwerpunkt auf parlamentarische Initiativen zur Förderung dieser Ziele zu legen.
12. Der Ausschuss empfiehlt zu überlegen, ob man Parlamentarier nicht systematisch in die nationalen Delegationen bei den Vereinten Nationen eingliedern und so in einem frühen Stadium in die internationalen Verhandlungsprozesse einbeziehen sollte. Man könnte sie im Vorfeld wichtiger internationaler Konferenzen umfassend instruieren.
13. Der Ausschuss sollte untersuchen, wie jedes Parlament seine Interaktion mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Institutionen gestaltet und mit der Regierung bei der Umsetzung internationaler Verpflichtungen zusammenarbeitet. Er sollte ferner prüfen, wie globale Fragen in die nationalen Parlamente eingebracht werden könnten.